



Berlin, 11. August 2010

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wieder wird in den Medien von dem Angebot einer neuen Steuerdaten-CD berichtet. Diesmal erreichte das Angebot das Finanzministerium in Kiel. Und wieder sperrt sich der Koalitionspartner der CDU, die FDP, gegen einen Ankauf. Weil die Daten nicht legal erlangt sein können, dürfe der Staat diese Informationen nicht ankaufen, lautet die Begründung für die Verweigerungshaltung. Was bei anderen Straftaten akzeptiert wird, solle also für die Straftat Steuerhinterziehung nicht gelten. Bei Diebstahl, Betrug, Bankraub, Versicherungsbetrug und anderen Vermögens- und Wirtschaftsdelikten ist selbstverständlich erlaubt Belohnungen für Hinweise auszuloben. Es dürfen Detektive und wenn nötig auch verdeckte Ermittler und V-Leute eingesetzt werden. Dahinter steckt die Einsicht der Staat müsse alles tun, um Straftaten aufzuklären und die Bürgerinnen und Bürger vor solchen Straftaten zu schützen. Richtig, kann ich hier nur sagen. Der Staat muss solche Straftaten aufklären und die Täter bestrafen und nicht nur auf Anzeigen hin, sondern als Offizialdelikt von Amts wegen. Ein Raum für Ermessens- oder Opportunitätsentscheidungen besteht nicht.

Nur bei der Straftat Steuerhinterziehung sollen diese rechtsstaatlichen Grundsätze plötzlich nicht gelten? Dabei sind gezielte Hinweise für die Aufdeckung von Steuerhinterziehungen besonders wichtig. Steuerhinterziehung geschieht im Verborgenen und ist in aller Regel so angelegt, dass sie möglichst nicht zu entdecken ist. Es gibt in diesen Fällen keinen Geschädigten, der den Diebstahl anzeigen könnte, weil den Schaden niemand bemerkt. Dabei ist Steuerhinterziehung Diebstahl an uns Allen. Werden Hinweise nicht angenommen und ignoriert, so schützt das den Steuerhinterzieher vor Entdeckung und lädt ihn zu weiteren Straftaten ein. Will dies die FDP wirklich?

Die FDP will Steuern senken, obwohl alle öffentlichen Haushalte überhaupt nur mit hohen Neuverschuldungen erstellt werden können. Welche Interessen werden da vertreten? Die von den Bürgerinnen und Bürgern heute bestellten staatlichen Leistungen sollen unsere Kinder und Enkelkinder zahlen, die sich mit der unerträglichen Steuerlast herumschlagen müssen. Was für eine Moral gibt sich hier zu erkennen? Nicht das **Gemeinwohl** ist das bestimmende Prinzip, sondern "**mein Wohl**" ist offenbar die ausschlaggebende Haltung.

So wird Zukunft nicht gestaltet, sondern verspielt. In den gleichen Rahmen passt, dass die Bundesjustizministerin die im Sparpaket der schwarzgelben Koalition beschlossene Besserstellung der Steuerforderungen vor anderen Gläubigern im Insolvenzverfahren verhindern will - zu wessen Wohl?

Selbstverständlich sind die gleichen Kräfte die Triebfeder gegen die Abschaffung des Privilegs Selbstanzeige, damit die vor einer Entdeckung stehenden Steuerhinterzieher sich über diesen Fluchtweg selbst von Strafe freistellen können.

Das Geschäft mit Selbstanzeigen boomt inzwischen unvermindert. Im ersten Halbjahr 2010 haben sich rund 25000 Personen selbst wegen Steuerhinterziehung angezeigt, nicht weil sie einsichtig und reuig sind, sondern weil sich wegen nicht kalkulierbaren Hinweisen aus angebotenen Datenträgern für sie die Gefahr erhöht hat, entdeckt zu werden. Mit diesem Freikaufrecht verspielt der Staat seine Autorität. Gegen die Zahlung der längst fälligen Steuern lässt sich der Staat seine Pflicht, Straftäter zu bestrafen, abkaufen. Auch hier die Frage: Was ist das für eine Moral?

Wenn der Staat und die ihn repräsentierenden Politiker noch ernst genommen werden wollen, müssen sie schnellstens umsteuern. Nicht der Lohnsteuerzahler, nicht die Rentner sollten Überwachungsobjekte sein, sondern die Steuerhinterzieher sind an die Kasse zu holen. Eine personelle Verstärkung der Steuerverwaltung ist unabdingbar, um die Steuerhinterzieher zu entdecken.

Um dem Ziel der Steuerehrlichkeit und -gerechtigkeit näherzukommen, ist dringend geboten, dass die Schutzbestimmung gegen systematische Bankenermittlungen aus der Abgabenordnung gestrichen wird. Wenn Auslandsgeldanlagen deklariert werden müssen, Auskunftspflichten im internationalen Geldverkehr eingeführt werden, dann gibt es keinen Markt mehr für das Anbieten von Datenträgern.

Von dem Versuch der Steuerhinterziehung werden viele abgeschreckt, weil das Entdeckungsrisiko zu hoch wird. Dann erledigt sich auch das Problem der Selbstanzeigen, weil der Steuerhinterziehung ein Riegel vorgeschoben wäre.

Solche Korrekturen bedeuten am Ende nicht mehr Staat sondern weniger, bedeuten nicht weniger Freiheit sondern mehr.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen schönen Urlaub.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr
Dieter Ondracek
(DSTG Vorsitzender)